

Region

Regierung will Pflegenotstand mit 140 Millionen bekämpfen

Pflegeinitiative im Kanton Bern Mehr Ausbildungsplätze und mehr Geld für Studierende: Die Berner Regierungsrat startet die Umsetzung der Pflegeinitiative.

Marius Aschwanden

Damit im Kanton Bern der Pflegenotstand in den Spitälern, Altersheimen und Psychiatrien ein Ende hätte, müssten pro Jahr 650 Personen ein Diplom erwerben. So die Berechnungen der kantonalen Gesundheitsdirektion.

Davon ist man aber weit entfernt. In den letzten Jahren waren es jeweils nur rund 370 Personen, die auf Stufe Höhere Fachschule ihre Ausbildung beendet haben.

Jetzt will die Berner Regierung diese Lücke zumindest teilweise schliessen. An einem Anlass mit 400 geladenen Gästen aus dem Gesundheitswesen stellten die Regierungsräte Pierre Alain Schnegg (SVP) und Christine Häslar (Grüne) am Montag Massnahmen zur Umsetzung der Pflegeinitiative vor.

Diese wurde 2021 vom Volk angenommen, seither arbeiten der Bund und die Kantone an konkreten Massnahmen. In einem ersten Schritt soll nun eine Ausbildungsoffensive lanciert werden, bevor anschliessend Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zentrum stehen sollen.

Mehr Fachleute ausbilden

In Bern plant die Kantonsregierung deshalb, die Anzahl neu diplomierter Pflegefachpersonen pro Jahr auf 450 zu erhöhen.

Konkret sieht der Kanton Bern ab diesem Sommer drei Massnahmen vor:

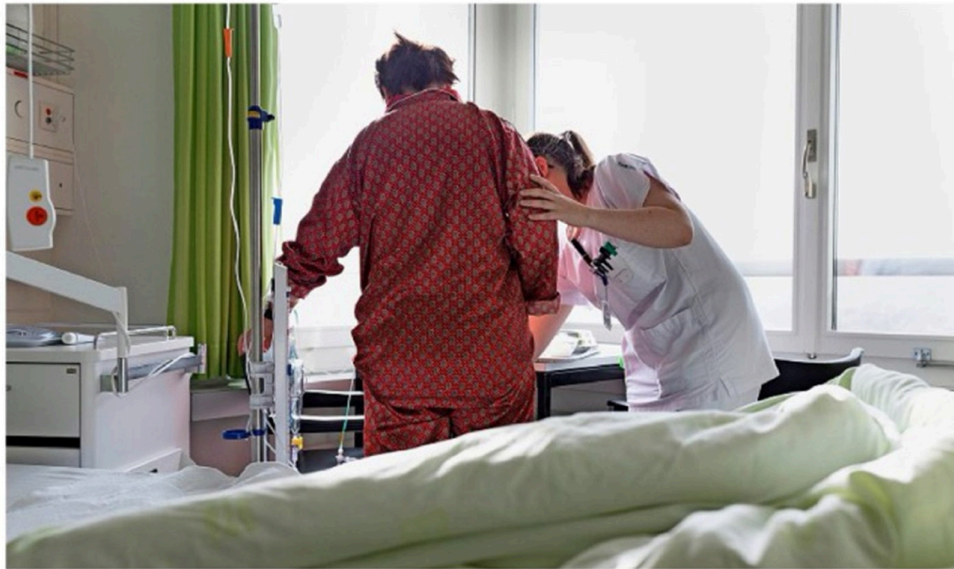
1. Quer- oder Späteinsteigenden ab 27 Jahren, die sich die Ausbildung an der Höheren Fachschule nicht leisten können, zahlt der Kanton einen Lohn von monatlich 3500 Franken. Jährlich können 25 Personen in das Programm aufgenommen werden.
2. Dasselbe Programm will der Kanton auch für Personen einführen, die an der Berner Fachhochschule studieren. Allerdings werden hier maximal 15 Plätze zur Verfügung stehen.
3. Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten sollen für die Ausbildung in der Diplompflege rekrutiert werden. Das Programm bietet Platz für bis zu 40 Personen.

Doch auch mit diesen Massnahmen dürften im Kanton Bern künftig jedes Jahr rund 200 diplomierte Pflegefachpersonen fehlen. Sie aber wären notwendig, «damit wir der Aufgabe gerecht werden», sagte Regierungsrätin Christine Häslar.

Deshalb will der Kanton gemeinsam mit Vertretern der Betriebe und der Verbände weitere Massnahmen erarbeiten. Bereits am Anlass vom Montag sollten an Workshops erste Verbesserungsideen für die Pflegeausbildung entwickelt werden. Die daraus entstehenden Projekte werden beim Kanton eingereicht und dem Bund anschliessend zur Mitfinanzierung vorgelegt.

Schnegg ist optimistisch

Regierungsrat Schnegg zeigte sich zuversichtlich, dass so die



Das Pflegepersonal in den Spitälern wartet nach wie vor auf die Umsetzung der Pflegeinitiative. Foto: Gaetan Bailly (Keystone)

nicht sagen. Das ist abhängig von den erarbeiteten Projekten. Er schliesst zudem nicht aus, dass die vom Kanton lancierten Förderprogramme ausgebaut werden könnten. Klar ist nur eines: Ein Gleisskannenprinzip – also mehr Lohn für alle Studierenden – werde es nie geben, so Schnegg. Er verweist denn auch auf die Zahlen vom letzten Semester. Kantonsweit seien im Herbst 600 Studierende in ihre Pflegeausbildung gestartet. «Ein Teil von ihnen wird abrechnen oder länger für die Ausbildung brauchen. Aber wir sind nicht weit weg vom errechneten Bedarf», so Schnegg.

Kanton Bern ist vorne dabei

Klar ist: Bei der Umsetzung der Pflegeinitiative gehört der Kanton Bern zu den Vorreitern in der

Schweiz. In Bern hat die Regierung die Umsetzung der Pflegeinitiative sozusagen schon vor zehn Jahren vorweggenommen: Der Kanton hat 2012 eine Ausbildungspflicht eingeführt. Dazu gibt er pro Spital, Heim oder Spitex-Betrieb eine bestimmte Anzahl Praktikumsplätze vor, leistet daran aber auch finanzielle Beiträge. Pro Jahr verteilt die Regierung so mehrere Millionen Franken.

Bund beteiligt sich

Für die kommenden acht Jahre rechnet der Kanton Bern mit 140 Millionen, die für bestehende und neue Massnahmen zur Verfügung stehen werden. 80 Millionen kommen vom Kanton im Rahmen bisheriger Beiträge an die Ausbildung. Die übrigen 60

Millionen sollen vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

Der Berufsverband für Pflegefachpersonal (SBK) begrüsst die Stossrichtung der vorgeschlagenen Massnahmen. Allerdings sagt Manuela Kocher, Präsidentin der Berner Sektion: «Wir vermissen eine generelle Erhöhung des Ausbildungslohns, denn dieser ist ein zentrales Kriterium, ob sich eine Person für die Ausbildung entscheidet.»

Das spezielle Förderprogramm für Quereinsteigende oder Späberufene sei sinnvoll. «Aber das Kontingent sollte nicht beschränkt sein, und auch jüngere Personen sollten davon profitieren können», so Kocher. Zudem müssten die Ausbildungsgänge wie in anderen Kantonen modularer aufgebaut werden,

um Familie und Studium einfacher zu kombinieren.

Auch auf Ebene der Betriebe sieht die Handlungsbedarf. So sollten etwa Zulagen für Schichtarbeit auch Studierenden ausbezahlt werden. Und diese sollten so eingeplant werden, «dass sie ihre Lernerfahrungen machen können».

Möchte man alle diese Forderungen umsetzen, würde es «definitiv viel mehr Geld» brauchen. Dass der Kanton finanzielle Unterstützung beim Bund möglichst rasch beantragen wolle, sei deshalb erfreulich.

Ebenso die gewählte Vorgehensweise mit Einbezug aller Beteiligten. «Das ist ein neuer Ansatz, und das Zusammenwirken ist für ein gutes Gelingen ein Vorteil», sagt Kocher.

Grosse Schäden bei Brand in Pyro-Firma

Frutigen Gegen 10 Uhr vormittags geriet am Montagmorgen ein Gebäude der Pyro Willen GmbH in Frutigen in Brand. Wie ein Video auf Blick.ch zeigt, schossen die Flammen meterhoch aus dem Industriebau, der sich in der Nähe des Sportzentrums und des Trophäenhauses befindet.

Den Einsatzkräften der Feuerwehr gelang es, das Feuer bis in die Mittagsstunden zu löschen. Sie richteten daraufhin eine Brandwache ein. Auf Bildern ist zu erkennen, dass zumindest der vordere Gebäudeteil an der Schwandstrasse komplett ausgebrannt ist. In einer Medienmitteilung schreibt die Kantonspolizei, das Gebäude sei stark beschädigt worden. Verletzte habe es keine gegeben, drei Personen seien jedoch mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung vorsorglich von der Ambulanz ins Spital gebracht worden. Für die Bevölkerung habe keine Gefahr bestanden.

Während der Löscharbeiten wurde die Schwandstrasse für circa drei Stunden komplett gesperrt. Der Bahnverkehr sei zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt gewesen, schreibt die Polizei weiter. Sie hat Ermittlungen zur Brandursache aufgenommen. Die Pyro Willen GmbH produziert in Frutigen Bengalhölzer – als einzige verbleibende Firma in der Schweiz. (nik)

Vier Verletzte bei Unfall in Boll

Auto gerät auf Gegenfahrbahn Am Sonntag kurz vor 16.55 Uhr wurde der Kantonspolizei Boll gemeldet, dass es in Boll (Gemeinde Vechigen) auf der Lindentalstrasse zu einem Verkehrsunfall mit zwei Autos gekommen sei.

Gemäss ersten Erkenntnissen fuhr ein Autolenker von Boll in Richtung Krauchthal, als er aus noch zu klärenden Gründen in einer leichten Linkskurve ins Schleudern kam und auf die Gegenfahrbahn geriet. Ein Autolenker auf der Gegenfahrbahn kollidierte mit dem Auto. Dieses wurde durch den Aufprall in die angrenzende Wiese geschleudert. Die beiden Fahrer sowie die beiden Beifahrer wurden bei der Kollision verletzt und mit mehreren Ambulanzen ins Spital gebracht. Die Lindentalstrasse wurde für die Dauer der Unfallarbeiten mehrere Stunden gesperrt. (PD)

Biel schreibt schwarze Null

Steuererträge Am Montag teilte der Gemeinderat von Biel mit, dass die Stadt 2023 mit einem Ertragsüberschuss von 3,7 Millionen Franken abgeschlossen hat. Erstmals seit 2019 weist Biel wieder eine genügende Selbstfinanzierung auf. Der Steuerertrag der juristischen Personen lag um 3,4 Millionen Franken über dem budgetierten Wert. Allerdings hätten einige Unternehmen zu hohe Ratenrechnungen erhalten. In den Folgejahren sei mit Rückerstattungen zu rechnen. Bei den natürlichen Personen lag der Steuerertrag um 9 Millionen Franken über dem Budget. Der Gemeinderat führt dies auf die wirtschaft-

Kommentar

Bern ist auf dem richtigen Weg – aber es braucht mehr

Langsame Bernerinnen und Berner? Von wegen! Bei der Umsetzung der Pflegeinitiative liegt Bern im Vergleich mit anderen Kantonen vorne. Und die Regierung macht weiter vorwärts. Das ist auch dringend nötig. In den Spitälern, Altersheimen und Psychiatrien wird Pflegepersonal nach wie vor händeringend gesucht.

Die nun vorgestellten Massnahmen von SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg und Grünen-Regierungsrätin Christine Häslar sind deshalb sehr zu begrüßen. Sie sollen in erster Linie dafür sorgen, dass mehr Personal ausgebildet wird.

Nur: Trotz der angepeilten

gedeckt sein wird. Deshalb ist nur schwer nachvollziehbar, weshalb die Anzahl Personen, die finanzielle Unterstützung erhalten sollen, wenn sie als Quereinsteigende ein Pflegestudium absolvieren wollen, von vornherein begrenzt wird.

Immerhin ist sich auch die Regierung bewusst, dass es noch deutlich mehr Anstrengungen braucht, um den Personalmangel zu beheben. Welche zusätzlichen Massnahmen im Bereich der Ausbildung gewünscht sind, will der Kanton nun mit einem Bottom-up-Ansatz herausfinden. Die beteiligten Berufsgruppen und Institutionen selbst sollen Ideen generieren, die anschliessend umgesetzt werden können.

hen. Er machte in der Vergangenheit eher von sich reden, weil er Direktbetroffene und Verbände bei Reformprozessen lieber aussen vor liess und Entscheide innerhalb der Räume seiner Gesundheitsdirektion fällte. Dass bei ihm ein Umdenken stattgefunden hat, ist loblich.

Dies lässt auch hoffen, dass die Ausbildungsoffensive dereinst tatsächlich Wirkung zeigen wird. Denn nur mit einem starken Einbezug der verschiedenen Partner ist sichergestellt, dass nicht Projekte lanciert werden, die lediglich auf dem Papier gut klingen.

Gleichzeitig ist klar: Bis die

nahmen verpuffen zudem, wenn es nicht gleichzeitig auch gelingt, mehr Mitarbeitende bei der Stange zu halten. Und da besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Deshalb ist es wichtig, dass nun auch die zweite Umsetzungs- etappe der Pflegeinitiative rasch an die Hand genommen wird.

Denn gute Löhne, flexible Arbeitsmodelle oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind alles Dinge, die auch in Spitälern, Altersheimen und Psychiatrien zu einer Selbstverständlichkeit werden müssen.



